

Antrag  
der Fraktion der Partei des Demokratischen  
Sozialismus in der Volkskammer der Deutschen  
Demokratischen Republik

vom 31. Juli 1990

Die Volkskammer wolle beschließen:

G e s e t z

zur Durchführung eines Volksentscheides über den  
sicherheitspolitischen und militärischen Status  
des Territoriums der Deutschen Demokratischen  
Republik in einem künftigen vereinigten Deutschland

vom

§ 1

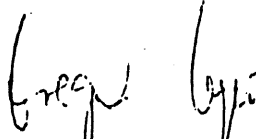
Am 14. Oktober 1990 wird gemäß Artikel 21 der Verfassung der  
Deutschen Demokratischen Republik ein Volksentscheid über den  
sicherheitspolitischen und militärischen Status des Terri-  
toriums der Deutschen Demokratischen Republik in einem ver-  
einigten Deutschland durchgeführt.

§ 2

Zur Entscheidung werden folgende Fragen gestellt:

1. Soll das gegenwärtige Territorium der Deutschen Demokra-  
tischen Republik zu irgendeinem Zeitpunkt in militärische  
Strukturen und Aktivitäten der NATO einbezogen werden?

2. Sollen Streitkräfte und Rüstungen der NATO, einschließlich von Einheiten der Deutschen Bundeswehr, zu irgendeinem Zeitpunkt auf dem gegenwärtigen Territorium der Deutschen Demokratischen Republik stationiert werden?
  
3. Sollen nukleare, chemische und andere Massenvernichtungswaffen nach Abzug der sowjetischen Truppen zu irgendeinem Zeitpunkt auf dem gegenwärtigen Territorium der Deutschen Demokratischen Republik stationiert werden?

  
Gregor Gysi  
Vorsitzender

Begründung: -

45 Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkrieges haben Warschauer Vertrag und NATO, haben die Sowjetunion und die USA den kalten Krieg für beendet erklärt. Sein sichtbarster Ausdruck, die Militärblöcke, haben sich überlebt. Sie müssen überwunden und durch gesamteuropäische kooperative Sicherheitsstrukturen abgelöst werden. Mit dem deutschen Einigungsprozeß eröffnet sich - erstmalig in der Geschichte - die Chance, dazu konkrete politische Schritte einzuleiten. Deutschland könnte Brücke von West nach Ost und von Nord nach Süd sein. Nach dem Treffen im Kaukasus sind die Deutschen aufgerufen, sich in dieser Frage frei und selbst verantwortungsbewußt zu entscheiden. Die Bürger der DDR müssen ihr Recht ausüben dürfen, über den sicherheitspolitischen und militärischen Status der DDR in einem vereinigten Deutschland zu befinden.

Sicherheit und Stabilität in Europa kann am besten entsprochen werden, wenn das Territorium der DDR bis zur Schaffung gesamteuropäischer Strukturen von Streitkräften und Rüstungen der NATO einschließlich von Einheiten und Verbänden der Bundeswehr freigehalten wird. Mit dem Abzug sowjetischer Streitkräfte vom Territorium der DDR, zu dem sich die Sowjetunion bereit erklärte, ist für immer die Stationierung von ABC-Waffen zu verbieten. Soweit und solange in der DDR Territorialstreitkräfte benötigt werden, können sie aus reduzierten Kontingenten der NVA mit eigenem Oberbefehl bestehen. Einer Ausdehnung der Bundeswehr auf das Territorium der DDR bedarf es zu keinem Zeitpunkt!